

Stellungnahme BAG RelEx zur Anhörung des Hauptausschusses im Landtag NRW

Antrag der Fraktion der SPD,

Wir brauchen ein Demokratiefördergesetz!

Die Präventions- und Ausstiegsbegleitung im Bereich des gewaltbereiten Islamismus wird maßgeblich von zivilgesellschaftlichen Trägern getragen. Mit ihren vielfältigen Ansätzen leisten diese Träger einen wesentlichen Beitrag, um religiös begründeten extremistischen Ideologien und Strömungen aktiv entgegenzuwirken und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Präventions- und Ausstiegsarbeit sind eine wichtige Ergänzung der sicherheitspolitischen Maßnahmen, die von den Sicherheitsbehörden umgesetzt werden.

In den zahlreichen Angeboten dieser Träger spiegelt sich der sprunghaft gestiegene Informations- und Unterstützungsbedarf in den Arbeitsfeldern Schule, Jugend- und Sozialarbeit, aber auch in Verwaltung und Politik. Zugleich steht die Präventions- und Ausstiegshilfe in einem gesellschaftlich sensiblen und politisch umstrittenen Kontext.

Für die Präventionspolitik auf Bundesebene ergeben sich daraus aus Sicht der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus aktuell verschiedene Chancen und Herausforderungen, die über unmittelbar sicherheitspolitische Kontroversen hinausgehen:

- 1. Der Zivilgesellschaft kommt in einer nachhaltigen Präventions- und Ausstiegsarbeit eine besondere Rolle zu*

Die Präventions- und Ausstiegsarbeit in Deutschland zeichnet sich im Vergleich mit anderen europäischen Ländern (zum Beispiel Frankreich und Großbritannien) durch die aktive Rolle von zivilgesellschaftlichen Trägern bei der Entwicklung und Umsetzung von Handlungskonzepten aus. Eine grundsätzliche Verstaatlichung der Präventions- und Ausstiegshilfen, beispielsweise durch eine direkte organisatorische Anbindung an Behörden, würde deren Wirkung wesentlich beschränken. Anders als staatliche Stellen verfügen zivilgesellschaftliche Träger über einen direkteren Zugang zu relevanten Zielgruppen, sind vor Ort vernetzt und genießen in der Regel über größeres Vertrauen und Glaubwürdigkeit als Jugendamt, Schule oder Polizei. Dabei erweist sich gerade die Bandbreite der Angebote freier Träger, die nicht auf unmittelbar sicherheitsrelevante Bereiche beschränkt sind, als vorteilhaft für die erfolgreiche Präventionsarbeit. Die langjährigen Erfahrungen aus dem Bereich der Rechtsextremismus Prävention bestätigen diese Bedeutung zivilgesellschaftlicher Träger.

2. Die Vielschichtigkeit von Radikalisierungsursachen erfordert eine Vielfalt von Akteuren und Ansätzen

Die Vielzahl der Ansätze, die von den freien Trägern in unterschiedlichen Handlungsfeldern umgesetzt werden, ist eine weitere Stärke der aktuellen Präventionslandschaft in Deutschland. Eine nationale Präventionsstrategie muss dieser Vielfalt Rechnung tragen und sie langfristig sichern. Anders als in anderen Ländern beschränkt sich Präventions- und Ausstiegsarbeit in Deutschland nicht auf einzelne Handlungsfelder wie Schule oder Jugendgerichtshilfe, sondern umfasst neben unterschiedlichen Bildungsangeboten (politische, interkulturelle, Medien-, religiöse Bildung) u.a. auch die Handlungsfelder Jugendhilfe, Familien- und Erziehungsberatung, (religiöse) Gemeindefarbeit, Freizeitpädagogik und Sport. In der öffentlichen Wahrnehmung erscheint diese Vielzahl der Ansätze häufig als „Flickenteppich“, dem eine übergeordnete Systematik und Abstimmung fehle. Dem gegenüber steht die in der Forschung dokumentierte Vielschichtigkeit von Radikalisierungsgründen und – Verläufen, denen die Präventions- und Ausstiegsarbeit gerecht werden muss. Gerade die Vielfalt der Ansätze bietet die Möglichkeit, auf die unterschiedlichen individuellen biographischen, sozialen, religiösen und politischen Ursachen von Radikalisierungsprozessen zu reagieren und mehrdimensionale und interdisziplinäre Angebote für die spezifischen Fälle und Konstellationen zu entwickeln. Die Zusammenarbeit und Vernetzung einer Vielzahl von Akteuren auf kommunaler und Landesebene wie z.B. Schulen, Jugendhilfeträgern, außerschulischen Bildungsträgern, Sport- und Kulturvereinen, Gemeinden und Polizei sind für eine sinnvolle und erfolgsversprechende Präventions- und Ausstiegsarbeit eine wichtige Voraussetzung.

3. Prävention gelingt vor Ort

Bis vor wenigen Jahren beschränkte sich die finanzielle Förderung von präventiven Ansätzen gegen religiös begründete Extremismen weitgehend auf Bundesprogramme. Erst in der jüngeren Vergangenheit sind lokale und Landesprogramme hinzugekommen, die die Entwicklung und Umsetzung von Ansätzen vor Ort ermöglichen. Vor dem Hintergrund der lokalspezifischen Kontexte von salafistischen Szenen und der besonderen Bedeutung von lokalen Akteuren für die passgenaue Erreichung der relevanten Zielgruppen, ist dies eine deutliche Verbesserung. Eine Zentralisierung von Ansätzen und Maßnahmen über landes- oder bundespolitische Gremien und Institutionen steht einer lokalen Anbindung und Umsetzung von Präventionsangeboten potentiell entgegen. Die Bedeutung von lokalen Ansätzen sollte daher auch in einer zukünftigen Präventionspolitik gestärkt und weiter ausgebaut und dort auch interdisziplinär vernetzt werden.

4. Die Präventionsarbeit befindet sich in einer Phase der Konsolidierung

Trotz erster Erfolge bei der Konzeption und Umsetzung von Präventions- und Interventionsangeboten stehen die Präventionspolitik und begleitende Forschungen und

Evaluationen in Deutschland (wie in anderen Ländern) noch weitgehend am Anfang. Dies bedeutet auch, dass sich einzelne Ansätze als mangelhaft oder nicht zielführend erweisen können. Auch die Festlegung auf relevante und geeignete Akteure und Handlungsfelder ist noch nicht abgeschlossen. Die BAG RelEx sieht es daher als ihre Aufgabe, über den Erfahrungsaustausch und den Wissenschafts-Praxis-Dialog Leitlinien und Qualitätsstandards für die zivilgesellschaftliche Präventions- und Deradikalisierungsarbeit zu entwickeln und dabei auch notwendige gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen zu bestimmen, in denen eine solche Arbeit erfolgreich sein kann. Ziel unserer Arbeit ist es, die Präventionsarbeit langfristig zu konsolidieren, um eine ressourcensparende und zielgenaue Umsetzung von Präventions- und Deradikalisierungsangeboten zu fördern.

5. Strategische Verknüpfung von Gewaltprävention und Demokratieförderung mit Ansätzen der Präventionsarbeit

Ein Großteil der zivilgesellschaftlichen Träger verfügt über langjährige Erfahrungen in angrenzenden Themenfeldern wie der interkulturellen Jugendhilfe, Gewaltprävention, Rechtsextremismus oder Antisemitismus. Das wachsende Engagement dieser Träger im Bereich des religiös begründeten Extremismus spiegelt die Ähnlichkeiten und Zusammenhänge, die zwischen diesen Themenfeldern trotz aller Unterschiede, die bezüglich Ideologie, Motivation und Ausdrucksformen bestehen. So wird in zahlreichen Ansätzen explizit auf die Expertise und Erfahrungen beispielsweise in der Ausstiegsarbeit aus rechtsextremen Szenen oder in der Demokratiepädagogik zurückgegriffen. Dies betrifft einzelne pädagogische Ansätze genauso wie die Analyse der gesellschaftlichen Kontexte, in denen extremistische Ideologien und Szenen attraktiv werden. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung und der Wechselwirkung von antimuslimischen Stimmungen und religiös begründeten Rückzugs- und Radikalisierungstendenzen ist daher auch auf übergeordneter strategischer Ebene eine konsequente Verknüpfung dieser Themenfelder erforderlich. Ein Auspielen der einzelnen Handlungs- und Themenfelder gegeneinander – beispielsweise durch Umschichtungen von Fördergeldern – steht einem gesamtgesellschaftlichen Verständnis von Demokratieförderung und sozialem Zusammenhang entgegen.

6. Prävention erfordert Chancengleichheit und reale Teilhabemöglichkeiten

Die Prävention im Themenfeld salafistischer Ideologien erfordert ein gesellschaftliches Klima, in dem auch Rechtsextremismus und Islamfeindlichkeit entgegen gewirkt wird. So werden Ansätze der Prävention durch politische und mediale Diskurse, in denen die Zugehörigkeit von Muslimen und Islam zur Gesellschaft in Frage gestellt werden, wesentlich erschwert. Eine pluralistische

Gesellschaft, in der das Versprechen von Teilhabe und Chancengleichheit unabhängig von Herkunft und Religionszugehörigkeit eingelöst, ist Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit von Ansätzen, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen Alternativen zu der Gemeinschafts- und Identitätsangeboten religiös-extremistischer Ideologien eröffnen sollen.

7. Modellprojekte entwickeln Modelle, ersetzen aber keine Strukturen

In den aktuellen Förderprogrammen zeigt sich ein wachsendes Bewusstsein für die Notwendigkeit einer längerfristigen und zuverlässigeren Finanzierung von Ansätzen im Bereich der Prävention und Deradikalisierung. Zugleich bleibt mit den aktuellen Projektförderungen ein wesentliches Problem bestehen, das einer nachhaltigen und breiteren Verankerung der zahlreichen Erfahrungen und umfangreichen Expertise der zivilgesellschaftlichen Träger entgegensteht: Als Projekte sind diese Ansätze zwangsläufig zeitlich und räumlich beschränkt – ein Transfer in die Angebote anderer Träger und Regelangebote scheidet vielfach an deren begrenzten Ressourcen. So werden die Angebote von Modellprojekten bundesweit stark nachgefragt, für eine eigenständige Umsetzung dieser Ansätze durch Schulen oder andere Einrichtungen über den Projektrahmen und den Förderzeitraum hinaus fehlen hingegen oft die finanziellen und personellen Kapazitäten. Auch in anderen Bereichen werden die Erfolge der Präventions- und Ausstiegsarbeit durch Einschränkungen in den Regelangeboten konterkariert. Exemplarisch hierfür stehen die gegenwärtig geführten Diskussionen um eine mögliche Absenkung der Betreuungsstandards von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Die dadurch drohenden Lücken in der Versorgung und Betreuung dieser Personen können durch die an sich zu begrüßende Ausweitung der Fördermittel für die Entwicklung von Präventionsangeboten in der Arbeit mit Geflüchteten nicht aufgefangen werden. Hier wie in anderen Bereichen wird die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit durch Kürzungen in der Bildungsarbeit und Jugendhilfe wesentlich erschwert. Eine nationale Präventionsstrategie muss diesen Zusammenhängen gerecht werden. Eine Aufwertung der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit auf Kosten einer Bildungs- und Jugendarbeit, die nicht unmittelbar an Präventionsinteressen geknüpft ist, würde die Probleme mit unterschiedlichen Ideologien der Ungleichwertigkeit und Rückzugstendenzen in extremistische Szenen nur weiter verschärfen.

Konkrete Herausforderungen für die Träger von Präventionsarbeit in der BAG RelEx

Präventions- und Ausstiegsarbeit sind demnach nicht losgelöst von politischer Bildungsarbeit, Jugendarbeit und Demokratieförderung zu sehen. Vielfältige Ansätze der Präventionsarbeit als auch Aufklärung und Sensibilisierung für die Entstehung von Radikalisierung, sind ebenso notwendig, wie das konkrete Arbeiten mit gefährdeten und bereits radikalisierten jungen Menschen.

Um überhaupt den Grad einer Radikalisierung annähernd einschätzen und intervenieren zu können, muss eine Solche zunächst erkannt werden.

Hier gilt es Multiplikator*innen in allen relevanten Stellen von Schulen, Berufskollegs, Jugendhilfe, Jugendverbänden sowie Jugendgerichtshilfe bis hin zu entsprechenden Ämtern und Behörden zu sensibilisieren und gemeinsam erarbeitete Rahmenbedingungen für eine tragfähige Präventionsarbeit und Ausstiegsarbeit zu etablieren.

Dem Aspekt der interkulturellen Kompetenz und des diversitätsbewussten Handelns kommen in diesem Zusammenspiel der Akteure eine wichtige Bedeutung zu, denn dort wo Rassismus und Ausgrenzung Raum finden, Vorurteile, Unverständnis und Verallgemeinerungen das Handeln der Multiplikator*innen bestimmen, werden gelingende Präventions- und Ausstiegsarbeit scheitern. Erfahren wir doch in unserer täglichen Arbeit mit gefährdeten und radikalisierten Jugendlichen, dass Diskriminierung und Ausgrenzungserfahrungen erheblich zu deren individuellen Radikalisierungsprozessen beigetragen haben.

Viele unserer Mitgliedsorganisationen sind dieser großen Herausforderung gewachsen, sie erreichen die Zielgruppen, verfügen über eine starke sozialräumliche Verortung und Vernetzung in den Kommunen und Kreisen, zudem über Expertise und Fachkompetenz im Themenfeld. Je umfassender sie lokal vernetzt sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit auch auf passgenaue Unterstützung und kurze Hilfewege zurückgreifen zu können. Gerade in der Fallarbeit sind sie auf ein breites Netzwerk an Unterstützer*innen aber auch auf die enge Zusammenarbeit mit Angehörigen der Betroffenen angewiesen. Doch ist es wichtig, transparente Rollenklärungen und Verantwortlichkeiten in Kooperation und Zusammenarbeit festzulegen. In der Rolle als fallführende Träger in der Präventions- und Ausstiegsarbeit sind sie verantwortlich für die professionellen pädagogischen Settings und Prozesse wie die Ausstiegsbegleitung, nicht für die betroffenen Personen selbst.

So gilt es unsere Arbeit immer wieder kritisch zu hinterfragen. Richtlinien sind in der Regel die Prinzipien und Methoden der Jugendhilfe und diese basieren überwiegend auf Freiwilligkeit.

Konsequenter Weise ist somit auch ein Scheitern unserer Arbeit möglich, denn Arbeit mit Jugendlichen und jungen Menschen gelingt nur dann, wenn der/die Betroffene selbst entscheiden kann, ob und wie weit die Zusammenarbeit von ihm/ihr angenommen wird.

Gemeinsam erarbeitete erste Qualitätsstandards in der Fallarbeit werden zum großen Teil über einzelne Finanzierungsprogramme auf Bundes- (BAMF) und Landesebene (wie z.B. durch IM Programm „Wegweiser“) umgesetzt und über die BAG ReEx weiterentwickelt und transportiert.

Die Präventionsarbeit steht unter einem enormen Erfolgsdruck

Nach jedem Vorfall mit djihadistischem Hintergrund wird die Wirkung unserer Arbeit, die Finanzierung sowie die Legitimation nichtstaatlicher Präventionsarbeit erneut durch verschiedene öffentlich wirksame Akteure in Frage gestellt.

Aus unserer Sicht gibt jedoch keine Alternative zu einer vielfältigen Präventionslandschaft.

Und auch wenn die Zeit zu drängt, muss sich die Arbeit in diesem Themenfeld entwickeln können, braucht gemeinsam erarbeitete Qualitätsstandards und Begriffsdefinitionen.

Vor allem bedarf es eines fairen, vertrauensvollen Umgangs aller Akteure, sodass sich die Träger der Präventions- und Ausstiegsarbeit nicht nach jedem medialen Diskurs an einem kräftezehrenden Rechtfertigungsdruck abarbeiten müssen und zum Spielball von Politik und Medien werden.

Der Erfolg von Präventionsarbeit kann nicht daran gemessen werden, wie viele Ausreisen nach Syrien oder mögliche Anschläge verhindert werden konnten, auch nicht daran, ob und wie viele Jugendliche sie sich von der Szene abwenden, da wir ihre Zahl nicht kennen(können) und viele Jugendliche durch die primäre oder sekundäre Prävention in der Regel vor einer manifesten Radikalisierung erreicht werden.

Zudem existieren noch immer keine repräsentativen Erfahrungswerte, wann ein Jugendlicher als nicht mehr gefährdet gilt, nicht mehr anfällig für Szenekontakte ist und über ausreichend Resilienzen verfügt, ihnen auch weiterhin zu widerstehen. Nach einem Monat, einem Jahr? Geforderte Angaben zu erfolgreich abgeschlossenen Fällen sind unseriös und können allenfalls erste Einschätzungen darstellen. Auch endet nicht jede Radikalisierung drastisch sichtbar, z.B. durch einen geplanten oder verübten Anschlag oder eine Ausreise!

Praxisnahe Forschung muss die bisherige vergleichbare Fallarbeit wissenschaftlich validieren, um ggf. mögliche Erfolgskriterien in der Präventions- und Ausstiegsarbeit zu bestimmen. Auch sind mögliche Resilienz Faktoren gegenüber einer Radikalisierung viel zu wenig erforscht.

Um jedoch die notwendige Qualität der Arbeit in diesem Themenfeld zu sichern, stehen wir Träger vor gleichbleibend großen Herausforderungen

Finanzierung:

Erfolgreiche Arbeit in diesem Themenfeld braucht Rahmenbedingungen, die eine flächendeckende, langfristige Sicherung und Weiterentwicklung ermöglicht und flexibles Handeln auch bei neuen Herausforderungen wie z.B. dem Themenfeld Flucht und Radikalisierung, die Arbeit mit

Rückkehrer*innen und der 2. Generation ermöglicht. Denn je etablierter unsere Angebote sind, desto größer sind die Nachfragen und dementsprechend das Fallaufkommen. Damit verbunden sind zunehmend schwierige Fallkonstellationen, die unterschiedliche Disziplinen und mehr Fachpersonal erfordern- somit mehr Finanzierungsbedarf zur Folge hat. Eine mittel- und langfristig gesicherte bedarfsgerechte Finanzierung wäre für die kontinuierliche Weiterentwicklung der Präventions- und Ausstiegsarbeit unerlässlich, sodass überhaupt erst die langfristig nachhaltige Wirkung unserer Arbeit beurteilt werden kann.

Mitarbeitende:

Eine weitere wesentliche Herausforderung in diesem speziellen Präventionsfeld ist die Entwicklung kompetenter multiprofessioneller Teams.

Wie in vielen Bereichen der sozialen Arbeit, ist der Arbeitsmarkt nahezu leergefegt, erfahrene Fachkräfte rar, und selbst wenn es gelingt engagiertes Fachpersonal zu finden, verlangt die Auswahl des Teams eine intensive Einarbeitung und Begleitung der Mitarbeitenden und somit großer Anstrengungen der Träger. Mehrsprachige, multiprofessionelle Teams, die über die notwendige Lebensweltorientierung ihrer Zielgruppen verfügen -und zudem umfangreiches Fach- und Methodenwissen mitbringen, entstehen nicht von heute auf morgen, sondern benötigen kontinuierliche Fort- und Weiterbildung, Supervisionen und Teamcoaching.

Öffentlichkeitsarbeit:

Zudem ist eine eng begleitete Öffentlichkeitsarbeit durch die Träger notwendig, um den vertrauensvollen geschützten Rahmen der Arbeit für die Mitarbeitenden und deren Zielgruppen zu gewährleisten.

Letztendlich müssen sich auch die Träger einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dem aktuellen fachlichen Diskurs und wissenschaftlichen Erkenntnissen stellen, um sich in kontroversen Diskursen zu positionieren. Gerade für kleinere Träger ist dies eine große Herausforderung! Diese Aspekte müssen auch in tragfähige Finanzierungsmodelle einfließen.

Aufbau und Pflege von interdisziplinärer Zusammenarbeit der Ressorts:

Der Erfolg von Präventionsarbeit basiert unter anderem auf guten Netzwerken und verlässlichen Kooperationen, sowohl auf Kommunal- als auch auf Landes- und Bundesebene.

Die interdisziplinäre Zusammenarbeit unterschiedlicher Ressorts wie z.B. Familie, Sicherheit, Jugend, Bildung, Justiz etc. auf- und auszubauen, nachhaltig zu festigen und fachlich zu gestalten ist eine weitere Herausforderung der gelingenden Präventionsarbeit. Fördermittelgeber sollten sich hier abstimmen, ergänzen und Synergien schaffen und nicht „neben-oder gegeneinander“ agieren.

Auf die Praxis bezogen müssen Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen, auf gleicher Augenhöhe, und interdisziplinäre Vernetzung von Kompetenzen geschaffen werden. Hierzu bedarf es zunächst der Klärung der verschiedenen Kompetenzbereiche, gegenseitiger Erwartungen, Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit.

Für die BAG RelEx:

Dr. Götz Nordbruch (Ufuq.de, e.V.)

Friederike Müller (IFAK e.V.)

Dienstag, 07. November 2017 Fachtreffen: Herausforderungen für die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit

09:30 Ankommen

10:00 Begrüßung (insgesamt nur 15 min/ alle Kurz)

- durch die Moderation (Sebastian von IFAK)
- Grußwort des Schirmherren (Integrationsbeauftragter)
- Vorstand : Was ist die BAG ReEx

10:15 Input von Friederike Müller zur Einführung des Fachtreffens und ein Rundumblick über die verschiedenen Herausforderungen in der Präventionslandschaft aus Sicht der BAG ReEx. (25 min & eventuelle Nachfragen) (auch PPT)

11:00 evtl. Alex Fahim: Prävention & Deradikalisierung – Konturen eines Arbeitsbereiches (Theoretischer Fachinput) knackig & provokant formulieren / (muss ziehen) z.B. *soetwas wie warum überhaupt Präventionsarbeit ect.* (mit PPT)

12:00 Mittagspause

Fachinputs zu unterschiedlichen Themen, stets mit dem Roten Faden: Wie ist der Stand der Dinge in dem Bereich und was sind die Herausforderungen für unsere Arbeitsbereiche in den kommenden Monaten und Jahren

13:00

<p>Flucht</p> <p>-BAMF anfragen (Radikalisierungsstelle)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sollen Zahlen und Überblick präsentieren <p>praxisbezogener Fachinput – IFAK</p>	<p>Justiz & Rückkehrer</p> <p>GTAZ</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sollen Zahlen präsentieren und ihre sicht auf die Situation. <p>praxisbezogener Fachinput z.B von Judy Korn (alternativ könnte André Taubert Input geben)</p> <ul style="list-style-type: none"> - hier Darstellung der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure im Bereich und Überblick über unterschiedlichen Projekte im Bundesgebiet
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

15:00 Kaffeepause

15:20 Online Prävention (3. Praxisbezogener Fachinput) Ufuq? / nicht nur über eigenes Projekt reden

16:30 Highlight zum Abschluss: Youtuber Datteltäter treten auf

17h Ende der Veranstaltung

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**